

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 1

Ausgegeben am 31. März 1922

40. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Der Sieg des Imperialismus

Von Heinrich Cunow

N. Lenin, der heutige Diktator Russlands, hat jüngst eine Neuauflage verschiedener Aufsätze veranstaltet, die er im Jahre 1915 in Zürich über den Imperialismus und den sogenannten monopolistischen Kapitalismus geschrieben hat (in deutscher Übersetzung unter dem Titel »Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus« bei Karl Soyuz Nachf. Louis Cahnbly in Hamburg erschienen). Soweit sich ersehen läßt, hat Lenin diese Aufsätze vor der Herausgabe etwas überarbeitet oder, wie man wohl besser sagt, revidiert; aber selbst wenn man sie in dieser revidierten Fassung betrachtet, bleibt es unverständlich, warum er sie neu herausgibt, falls man nicht anzunehmen geneigt ist, daß er in selbstgefälliger Diktatoren- und Autoreneitelkeit jeden Artikel, den er einst geschrieben hat, für ein wichtiges historisches Dokument hält, dessen Kenntnis der Welt nicht vorenthalten bleiben darf.

Irgendwelche neue Einblicke in das Wesen des Imperialismus bietet die Schrift nicht. Jeder, der kommunistische Zeitungen und Zeitschriften liest, wird irgendwo in ihnen schon weit schärfere Kritiken des modernen Kapitalismus vom bolschewistischen Standpunkt gefunden haben. Jedenfalls hat Radek entschieden Besseres geschrieben. Noch mehr als frühere literarische Leistungen Lenins zeigt diese Schrift, wie wenig er die Marxsche Auffassung von der strengen Gesetzmäßigkeit des geschichtlichen Entwicklungsprozesses begriffen hat. Er steckt mit seinen Anschauungen, mag er das auch nicht selbst zugestehen, noch immer in jener revolutionär-voluntaristischen Auffassung der französischen Revolutionszeit, daß mit dem nötigen festen Willen und einer diesem Willen entsprechenden Energie sich jederzeit die Entwicklung in andere Bahnen leiten läßt — eine Auffassung, die im engsten Zusammenhang mit der Ansicht steht, es ließen sich durch die sogenannte Entflammung der revolutionären Leidenschaft nach Belieben einzelne Phasen des Entwicklungswegs überspringen und durch Dekrete wirtschaftliche Zustände herbeiführen, für welche die entwicklungs geschichtlichen Vorbedingungen fehlen. Seitdem hat Lenin zwar selbst in Rußland die Erfahrung machen müssen, daß weder die rücksichtslosesten Repressionen noch die schönsten Verordnungen ausreichen, kapitalistische Entwicklungsstufen zu überspringen und dort kommunistische oder sozialistische Lebensformen hervorzurufen, wo für sie die historischen Grundlagen noch nicht gegeben sind, ja er selbst ist durch die Gewährung wertvoller Ausbeutungskonzessionen an fremde Kapitalistengruppen zum Förderer der widerlichsten Erscheinungsform des imperialistischen Kapitalismus geworden; aber auf seine utopistisch-aktrevolutionäre Theoretik scheinen diese Erfahrungen bisher noch wenig Einfluß gehabt zu haben — seine Mühle mahlt in alter Weise weiter.

Lenin mag sehr schätzenswerte Eigenschaften haben — Energie, Arbeitsamkeit und eine hervorragende Führerbefähigung lassen sich ihm zweifellos nicht abprechen —, aber ein Entwicklungstheoretiker, der die Tendenzen der Gegenwart erkennt und aus ihnen heraus mit sicherem Blick in die Zukunft schaut, ist er nicht. Dazu fehlt ihm völlig der historische Sinn: die Betrachtung der Entwicklungsvorgänge in ihrer geschichtlichen Bedingtheit und ihren ursächlichen Zusammenhängen mit früheren Erscheinungen. Schon sein leidenschaftliches Temperament, das immer wieder die Aufeinanderbeziehung der Erscheinungen seinem Zweckwollen unterordnet und sie nach diesem beurteilt, hindert solche Betrachtungsweise. So ist denn auch nur allzu erklärlich, daß er in seiner Schrift zwar den Imperialismus als ein »besonderes Stadium des Kapitalismus« auffaßt, aber ihn doch nicht als eine in seiner Eigenheit durch die Wirtschaftsentwicklung bedingte Erscheinung begreift, die weder durch leidenschaftliche Proteste noch durch politische Rasonnements zu unterdrücken ist, sondern sich mit geschichtlicher Notwendigkeit durchsetzt.

Selbstverständlich bleibt Lenin denn auch in Halbheiten stecken und hakht überall an. Rudolf Hilferdings Auffassung des Imperialismus bedeutet nach seiner Ansicht einen Rückschritt gegen J. N. Hobson; Karl Kautskys Erklärung des Imperialismus als des Oranges nach Annerionen hält er für »vollkommen unrichtig« — als Versuch einer Verhöhnung des Sozialismus mit dem Imperialismus, der auf eine »verhüllte Propaganda des Imperialismus« hinausläuft; und die von mir 1915 in meiner kleinen Schrift »Partei zusammenbruch?« vertretene Auffassung, der Imperialismus sei eine im Wesen der kapitalistischen Entwicklung begründete Erscheinung, und deshalb hätten wir nach Beendigung des Weltkriegs, da der Kapitalismus noch keineswegs »abgewirtschaftet« habe, mit einer neuen, verstärkten finanzkapitalistisch-imperialistischen Wirtschaftsära zu rechnen, erklärt er für eine läppische und zynische Verfechtung der imperialistischen Annerionspolitik.

Vom geschichtlichen Standpunkt betrachtet, steht also die Leninsche Schrift ziemlich tief. Ihre Ausführungen dürften bereits heute, obgleich kaum sieben Jahre seit ihrer ersten Niederschrift vergangen sind, manchem als ein durch die seitherige Wirtschaftsentwicklung überholter Kampf gegen Windmühlensflügel, als Quichotteerie erscheinen. Dennoch möchte ich diese Broschüre kritischen Lesern, die die heutigen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands und der großen Ententestaaten einigermaßen kennen, zum Lesen empfehlen; denn sie zeigt, in welchen teilweise geradezu naiven Vorstellungen über den weiteren Verlauf der Wirtschaftsbewegung sich noch 1915 Lenin befunden hat — und er nicht allein; auch viele, die damals noch mit in den Reihen unserer Partei kämpften, haben ähnlich gedacht und ebenso wie Lenin im Imperialismus der Vorkriegszeit einen »absterbenden Kapitalismus« gesehen, der in den letzten Zügen liegt.

Tatsächlich hat heute bereits, wenn man das bolschewistische Rußland ausnimmt, überall eine neue finanzkapitalistische Ära eingesetzt, am stärksten natürlich in den führenden Ententestaaten, in denen schon bisher das große Bankkapital eine wichtige Rolle spielte und die innere wie auswärtige Politik beeinflusste. Selbst im finanziell geschwächten Deutschland hat das sich in industriellen Anlagen und Ausweitungen be-

tätigende, in der Form des eigentlichen Finanzkapitals auftretende Bankkapital eine größere Einflußsphäre gewonnen wie vor dem Kriege. Davon zeugt nicht nur die gewaltige Zunahme der Betriebs- und Kapitalkonzentrationen, der Trusts, Syndikate, Konzerne, Fusionen usw., sondern auch die Eigenart der sich meist hinter den Kulissen vollziehenden Vorbereitung der Verschmelzungs- und Angliederungsaktionen. Und was ist denn im Grunde das neue Reichssteuerkompromiß anderes als ein durch die deutsche Hochfinanz der heutigen Regierungskoalition aufgezwungenes Zurückweichen auf die von der Deutschen Volkspartei empfohlene Steuerbasis? Dabei befinden wir uns in Deutschland — von den Vereinigten Staaten von Amerika und von England nicht zu reden — noch in einem vorläufigen wirtschaftlichen Übergangsstadium. Fast überall hat der Krieg Hindernisse und Hemmungen des Wirtschaftslebens, Verschiebungen der Erzeugungs- und Absatzverhältnisse und damit eine Unsicherheit der Geschäftslage hervorgerufen, die erst noch überwunden werden muß.

Freilich zeigt der neu vordringende Imperialismus in den einzelnen Großstaaten recht verschiedene Züge. Wie das Finanzkapital in diesen Staaten nach seiner Bildung, seinem Umfang, seinem Betätigungsfeld und seiner Interessenssphäre verschieden ist, so ist auch seine Politik eine recht verschiedenartige. Anders in Frankreich und Italien, anders in England und der nordamerikanischen Union. Hat der Imperialismus zum Beispiel in dem einen Land den Charakter einer militäristischen Annektionspolitik, um die in dem zur Annexion außersehenen Gebiet vorhandenen wirtschaftlichen Ausbeutungsmöglichkeiten in die Hand bestimmter Kapitalkonsortien zu bringen, so sucht im anderen Lande die Bankfinanz sich zunächst in den Besitz der Eisenbahnen, Banken, industriellen Anlagen, Schiffahrtslinien eines fremden Gebietes zu setzen, um dann als Besitzer dieser wichtigen wirtschaftlichen Machtmittel die Politik dieses Landes zu beeinflussen und sich neue wertvolle Zugeständnisse zu sichern.

Die erste, man kann in gewissem Sinne sagen: ältere Art der imperialistischen Politik finden wir in Frankreich, dessen Finanzcliquen nicht nur die politische Hegemonie und damit eine Ausweitung ihres wirtschaftlichen Einflusßbereichs in Europa, sondern auch die Annexion des ganzen linken Rheinufers und die Gewinnung des Rheins als französische Wasserverkehrsstraße erstreben. Ferner möchten sie eine Rückzahlung der Rußland gewährten Anleihen erzwingen, deren Summen ja nicht in den Händen der Kleinrentner verbleiben, sondern zurück in die Banken strömen und damit deren Dispositionsfonds vermehren würden. Außerdem lockt sie das große Wirtschaftsgebiet des Orients, das als zukünftiger Anlagemarkt für französische Kapitalien schöne Profite verspricht.

Einen wesentlich anderen Charakter trägt der englische Imperialismus. Er verlangt nicht nach Landerwerbungen auf dem europäischen Kontinent; er begehrt Absatzmärkte für die englischen Industrieerzeugnisse, und da im Gegensatz zu den früheren schönen Hoffnungen, der Krieg werde eine Befreiung von der deutschen Konkurrenz bringen und damit dem englischen Handel neue Absatzgebiete erschließen, als Folge des Versailler Diktats sich eine große Absatzkrise eingestellt hat, so wünscht der englische Imperialismus den sogenannten Wiederaufbau Mitteleuropas, die möglichst baldige Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit Rußland, die Beschaffung günstiger

Gelegenheiten zu vorteilhafter Kapitalanlage im Osten Europas und dem Orient — freilich ohne sich dafür in große Unkosten stürzen zu müssen. An der Erwerbung neuer Kolonien ist der englischen Finanz heute wenig gelegen. Kolonien hat England genug; wohl aber sollen diese Kolonien England erhalten und zum Zwecke der besseren wirtschaftlichen Ausnutzung mit ihm im Rahmen einer großen wirtschaftlichen Föderation enger vereinigt werden. Vor allem darf England keines seiner Rechte, keine seiner alten Forderungen im Orient aufgeben, nicht nur weil dadurch seine Interessen in Indien und Ostafrika gefährdet werden, sondern ihm auch die wirtschaftliche Ausnutzung des vorderasiatischen Gebiets entgehen könnte.

Diese Forderungen des englischen Imperialismus sind es, die im wesentlichen die bisherige Haltung der Regierung Lloyd Georges gegenüber Frankreich, sein Schwanken und seine Nachgiebigkeit auf den Konferenzen mit französischen und italienischen Staatsmännern erklären; denn wenn einerseits die Aufrichtung einer französischen Hegemonie auf dem europäischen Kontinent durchaus nicht im Interesse des englischen Finanz- und Handelskapitals liegt, so möchte doch andererseits die Lloyd Georgesche Regierung in keinem Fall es zum offenen Bruch mit Frankreich kommen lassen und dieses dadurch vielleicht veranlassen, eine feste Koalition mit Belgien und der sogenannten kleinen Entente oder gar mit Italien zu suchen. Vor allem wünscht die englische Regierung zu verhüten, daß ihr im Orient Frankreich als offener Gegner gegenübertritt.

Allerdings nicht immer hat Lloyd George sich den Wünschen der englischen imperialistischen Kreise angepaßt; mehrfach hat er offen gegen ihre Absichten verstoßen und seine eigene persönliche Herrschafts- und Wahlpolitik getrieben. Die heftige Opposition, die jüngst unter Führung Sir George Youngers sich in seiner eigenen Partei gegen ihn erhoben hat und nur vorläufig aus Wahlrückfällen und aus Mangel an zur Führung der unionistischen Partei geeigneten Persönlichkeiten beschwichigt worden ist, entsprang denn auch weit weniger aus innerpolitischen Gründen als aus der Mißbilligung der auswärtigen Politik des Georgeschen Kabinetts. Vornehmlich ist man in den Kreisen der konservativen und maßliberalen Imperialisten mit der Irland eingeräumten politischen Selbständigkeit und der Erklärung Irlands zum Freistaat unzufrieden, zumal Irland durchaus nicht jene freundschaftlich-nachgiebige Stellung gegen England eingenommen hat, die Nichtkenner der irischen Verhältnisse beim Abschluß des englisch-irischen Vertrags im Dezember vorigen Jahres erwarteten. Schon gleich nach der Ratifizierung des betreffenden Vertrags habe ich in der Neuen Zeit (Nr. 13 vom 23. Dezember 1921) gegenüber der unrichtigen Beurteilung des sogenannten »Friedensschlusses« Englands mit Irland in einer Reihe unserer Parteiblätter darauf hingewiesen, daß die schöne Hoffnung auf ein Freundschaftsverhältnis sich nicht erfüllen, sondern der jahrhundertelange Krieg seine Fortsetzung finden werde — wenn auch in anderen Formen. Diese Voraussage hat durch die neuesten Vorgänge in Irland recht schnell ihre Bestätigung gefunden. Die Abgrenzung des neuen irischen Freistaats gegen Ulster hat, da die Regierung Ulsters auch die fast rein katholisch-nationalistischen Gräffschaften Tyrone und Fermanagh beansprucht, zu blutigen Grenzstreitigkeiten geführt, während im Innern des Landes die Michael Collinsche und die De Valerasche Parteirichtung in eine immer heftigere Oppositionsstel-

lung zu einander geraten sind: ein innerer Kampf, in dem die radikale Sinner-Richtung mehr und mehr Terrain gewinnt, zumal die neue Regierung, um ihren Radikalismus zu beweisen, sich genötigt sieht, eine der überlieferten unbeliebten englischen Einrichtungen nach der anderen abzuschaffen und die von der englisch-irischen Regierung verführten Fälle gewalttätiger Übergriffe der englischen Besatzungsarmee ans Licht zu ziehen.

Ebenso wirkt man in den Kreisen der konservativen Imperialisten Englands Lloyd George vor, daß er bisher nicht mit der nötigen Energie die Interessen Englands im Orient zu wahren wußte (ein Teil der englischen Konservativen ist sogar bereit, Frankreich auf Kosten Deutschlands weitgehende politische Zugeständnisse zu machen, wenn dieses dafür gewisse Ansprüche im Orient fallen läßt), daß er ferner das Protektorat über Ägypten nicht mit größerer Zähigkeit verteidigt hat und den nationalistischen Bestrebungen in Indien viel zu viel freien Spielraum läßt. Die kürzliche Entlassung des Staatssekretärs für Indien, Mr. Montagu, des Hauptvertreters der sogenannten liberalen Politik innerhalb der indischen Regierung, ist denn auch, trotz aller gegenseitigen Versicherungen unionistischer Blätter, nichts anderes als ein Zugeständnis an die imperialistischen Frondeure. Die voreilige Veröffentlichung des Telegramms der indischen Regierung über die Wünsche der mohammedanischen Inder bot nur den äußeren Anlaß zu Montagus Entfernung; der eigentliche Grund ist, daß er, da er mit der Ansicht des Lord Reading, des indischen Vizekönigs, über die Notwendigkeit eines strengeren Eingreifens in die indische Unabhängigkeitsbewegung nicht einverstanden war, in einen Meinungsgegensatz zu diesem geraten ist, und daß er ferner, um die Mohammedaner Indiens zu beschwichigen, eine andere englische Politik dem Osmanischen Reich gegenüber für nötig hält, zunächst eine gründliche Revision des Sevresvertrags.

Wieder eine ganz andere imperialistische Politik befolgt die Finanzwelt der nordamerikanischen Union. Die Anwendung kriegerischer Maßnahmen ist heute nach den Erfahrungen, die man drüben in und vor allem nach dem Weltkrieg gemacht hat, in der großen Bevölkerungsmasse Nordamerikas so unbeliebt wie möglich. Wohl aber hat die Bankfinanz durch den Krieg im Übermaß die Geldmittel zu einer sogenannten friedlichen Expansion erlangt. Man gründet in Süd- und Mittelamerika — neuerdings, nachdem unter Obregons Verwaltung Mexiko wieder aufzublühen beginnt, auch in dessen Provinzen — kleine und große Banken, baut Eisen- und Straßenbahnen, kauft Bergwerke und Petroleumquellen auf, legt Fabriken an und befriedigt gegen relativ hohe Zinsen die Geldbedürfnisse der südamerikanischen Staaten und Kommunen. Daneben hält man eine große Handelsflotte und zu deren Schutz eine entsprechende Kriegsflotte — und vertraut darauf, daß, wenn einß der Druck der finanziellen Machtmittel nicht mehr ausreichen oder diese Mittel selbst angegriffen werden sollten, sich schon die nötigen militärischen Mittel finden werden, um die Expansionspolitik in anderer, derberer Art fortsetzen zu können.

Die Wirtschaftsentwicklung hat demnach einen wesentlich anderen Verlauf genommen, wie Lenin im Jahre 1915 mit dem ihm eigenen Selbstbewußtsein prophezeite. Der imperialistische Kapitalismus ist nicht abgestorben; er hat sich vielmehr nach dem gewaltigen Druck der Kriegsjahre schneller erholt, als erwartet werden konnte, und mit Sicherheit darf

heute behauptet werden, daß die weitere Entwicklungsfolge nicht die erhoffte Agonie des Kapitalismus, sondern der Anbruch einer neuen imperialistischen Ära sein wird, stärker und nachhaltiger als jene, die dem Kriege vorausging. Zwar in einem Teil unserer Parteipresse kann man gelegentlich immer wieder lesen, der Kapitalismus hätte ausgelebt und läge in den letzten Zügen — alte Illusionen haben ja oft ein ebenso zähes Leben wie alte Schlagworte. Aber wir sollten wirklich von derartigen täuschenden Behauptungen lassen; denn unrichtige Einschätzungen der gegenwärtigen und der nächstfolgenden Entwicklungsphase führen unvermeidlich zu einer verkehrten politischen Taktik. Besser ist, wir sehen der kommenden neuen imperialistischen Ära mit Ruhe entgegen — und richten danach zielbewußt, in genauer Abschätzung unserer Kräfte, unsere Politik ein.

Industrielle Zusammenschlußbewegung

Von Artur Heichen

Eine Zeitlang schien die Konzentrationsbewegung in der deutschen Industrie zum Stillstand gekommen zu sein. Die »industriellen Herzogtümer« der Montanindustrie hatten eine gewisse Abrundung erlangt, und die Brauindustrie hatte die Krise, in die sie nach dem Kriege durch die Verminderung und den Rückgang des Bierkonsums geraten war, bereits im vorigen Jahre — das durch einen die Trinkfreudigkeit erhöhenden warmen Sommer ausgezeichnet war — durch eine Unmenge die entlegensten Provinzbrauereien erfassenden »Zusammenschlüsse« mit Erfolg überwunden. Heute gibt es in der Brauindustrie nicht mehr allzuviel zu »konzentrieren«, wenn auch die Bewegung noch keineswegs vor ihrem Ende angelangt ist. Der vor einiger Zeit erschienene Geschäftsbericht der Berliner Engelhardt-Brauerei, einer der größten deutschen Brauereikonzerne, betonte mit großem Nachdruck die Notwendigkeit und Möglichkeit weiterer Zusammenschlüsse. Stehen sich doch beispielsweise im Absatzgebiet Groß-Berlin — von einigen mittelgroßen Brauereien ganz abgesehen — noch immer zwei Brauereikonzerne (Schultheiß-Pagenhofen-Kahlbaum einerseits und Engelhardt andererseits) gegenüber, die noch dazu nach zwei verschiedenen Prinzipien organisiert sind. Der Schultheiß-Pagenhofen-Konzern zentralisiert die Bierproduktion in Berlin und einigen wenigen anderen Zentren und beliefert die übrigen Produktionsgebiete von Niederlagen aus (besteht man von einem Niederlagsystem). Die fusionierten Provinzbrauereien werden dann meist stillgelegt, ihr Braukontingent wird nach Berlin oder nach einem anderen zentralen Ort verlegt, und aufrechterhalten bleibt nur der Niederlagsbetrieb. Dagegen hat die Engelhardt-Brauerei ihre Produktion dezentralisiert. Die Biererzeugung vollzieht sich bei ihr nicht in der Hauptsache nur in Berlin, sondern interlokal in verschiedenen Provinzgegenden. Die Provinzbrauereien werden, wenn sie in den Bereich des Konzerns einbezogen sind, demnach auch nicht stillgelegt, sondern weiterbetrieben, nur geschieht die oberste Direktion, also Finanzverwaltung, Rohstoffeinkauf usw., nunmehr von Berlin aus. Nicht die »Produktion«, sondern nur die »Verwaltung« wird bei dieser Methode industriellen Zusammenschlusses zentralisiert.